

## „Reform ohne Bildung“

Für die Wissenschaft gibt der Bund wieder Geld, für die Schulen nicht. Das muss sich ändern.

*Gastbeitrag von Katja Dörner und Kai Gehring, erschienen am 19. August 2014 in der Frankfurter Rundschau.*

Als die vorige große Koalition 2006 das Kooperationsverbot im Grundgesetz verankert hat, das die Finanzielle Beteiligung des Bundes an Bildung und Wissenschaft unterband, haben wir Grüne uns dieser fatalen Weichenstellung widersetzt. Damals haben wir vor gravierenden Nachteilen für Bildung und Wissenschaft gewarnt. Viele davon sind eingetreten: Mangels neuer Programme stockt der Ganztagschulaausbau, die Lehrerbildung wird erst jetzt langsam zukunftstauglich, die Wissenschaftspakte für Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen allenfalls kurze Sicherheiten. Die eklatante Unterfinanzierung unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems hat schwerwiegende Folgen für Schülerschaft, Studierende und Beschäftigte in Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten. Marode Gebäude sind nur der sichtbarste Ausdruck für einen Zustand, der sowohl für die Lernenden und Lehrenden als auch für unsere Volkswirtschaft unhaltbar ist.

Acht Jahre nach der Fehlentscheidung für das Kooperationsverbot liegt ein Vorschlag der Regierung vor: Sie will es zur Hälfte aufheben. Die jetzige große Koalition vergibt damit die historische Chance, aus einer Verbots- eine Ermöglichungsverfassung zu machen. Statt ihre Mehrheit zu nutzen, um die Republik auf diesem Feld von Selbstblockaden zu befreien und bessere Bildung zu ermöglichen, beschränkt sie ihren Vorschlag zur Verfassungsänderung auf die Aufhebung im Wissenschaftsbereich. Für schulische Bildung und Inklusion darf sich der Bund auch weiterhin nicht engagieren – die gesamtstaatliche Bildungsbremse bliebe. Die Koalition macht damit nur halbe Sachen.

Die SPD hat im Bundestagswahlkampf das von ihr mitverantwortete Kooperationsverbot als Irrweg bezeichnet und Besserung gelobt. Die bleibt nun aus. In einer grotesken Distanzierung vom eigenen Vorschlag versucht die SPD-Fraktion den Drahtseilakt, die Oppositionsargumentation als Regierungsfraktion gleich mitzuliefern: Der vorliegende Kompromiss gehe nicht weit genug, eigentlich müsse auch das Kooperationsverbot in der Bildung aufgehoben werden. Wenn der SPD das Zukunftsthema Bildung wirklich wichtig ist, muss sie an dieser Stelle mehr Rückgrat zeigen und ihre Regierungsbeteiligung für eine bessere Lösung nutzen. Gute Hochschulen stehen schließlich auf dem Fundament guter Kitas und Schulen. Wir erwarten, dass der Bund mitwirkt, die Chancengerechtigkeit in Deutschland zu erhöhen. Eine Unterstützung des Bundes für die Inklusion von Kindern mit Behinderung wäre nur ein möglicher Baustein. Wir fordern, dass sich die Regierung noch gesprächsbereit zeigt und sich nicht mit dem kleinsten gemeinsamen Koalitionsnenner begnügt. Dass Ganztagsschulprogramme des Bundes ausgeschlossen bleiben, ist nicht nachvollziehbar.

Eine Grundgesetzänderung muss sachgerechten und praxistauglichen Lösungen den Weg bereiten. Der jetzige Vorschlag von Ministerin Johanna Wanka weist für die Wissenschaft in die richtige Richtung und ist besser als der alte Vorschlag von Annette Schavan. Das im Entwurf verankerte Einstimmigkeitsprinzip steht jedoch einer neuen Vertrauens- und Kooperationskultur entgegen: Es schafft Vetopotenziale und droht innovative Entscheidungen zu verzögern. Zukunftsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen brauchen praktikable neue Wege in der Finanzierung. Ansonsten platzen die Universitäten und Fachhochschulen aus allen Nähten, denn auch im nächsten Jahrzehnt hält der Studierendenboom an. Die zeitlich befristeten Wissenschaftspakte reichen nicht aus, um dauerhafte Finanzierungs- und Planungssicherheit zu schaffen – vor allem nicht für das Personal, das vom Befristungsunwesen betroffen ist.

Es fehlt der Koalition die gemeinsame Idee für das, was sie erreichen will. Schon im Begründungstext der Verfassungsänderung zeigt sich der inhaltliche Zwist: „anything goes“, ob Spitzenförderung mit internationaler Strahlkraft oder regionale Strukturpolitik. Für beides fehlt die

finanzielle Unterfütterung und haushälterische Prioritätensetzung. Viele Vorschläge für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen klingen gut. Für die Umsetzung reicht das versprochene Geld jedoch bei weitem nicht aus. Das kürzlich beschlossene „Bildungspaket“ wird gleich mehrfach verteilt, ohne für die einzelnen Vorhaben Verbindlichkeit zu schaffen.

Es ist inakzeptabel, dass das Bildungsministerium dem Bundestag als Haushaltsgesetzgeber noch immer keine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt hat. Es fehlt bisher jede konkrete Zusage, dass Geld zur Verfügung steht, um unter anderem die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stärken. Diese Informationen sind notwendige Grundlagen für weitere Debatten. Das Agieren der übergroßen Koalition nach dem Motto „Friss oder stirb“ ist schlechter Stil. Angeblich soll die Neufassung des Grundgesetzes eine „neue Ära der Kooperation“ einläuten. Gleichzeitig koppelt Ministerin Wanka die Bafög-Entlastung für die Länder daran, dass diese im Bundesrat der Grundgesetzänderung zustimmen. Diese politische Erpressung ist kein gutes Signal für den Auftakt von mehr Kooperation. Ministerin Wanka muss sich die Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern durch Überzeugen erarbeiten und sich auf ihre Gegenüber einlassen. Die Zeit der unproduktiven Taktiererei auf Kosten von Bildung und Wissenschaft muss endlich vorbei sein. Eine Modernisierung und kluge Gestaltung des Bildungsföderalismus ist mehr als überfällig.

*Katja Dörner ist stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion.*

*Kai Gehring gehört für die Grünen dem Bildungsausschuss im Bundestag an.*